

## Misstandsfeststellungen und Veranlassungen der Volksanwaltschaft 2019 Bundesverwaltung

### Mai

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Asyl – Dauer der Rechtsmittelverfahren Anzahl der berechtigten Beschwerden: 19	Bundesverwaltungsgericht (BVwG)	Das BVwG verletzte die 12- bzw. 6-monatige Entscheidungspflicht und setzte keine Schritte in den asylrechtlichen Beschwerdeverfahren. Organisatorische Mängel und steigende Asylanträge stellen keine rechtlich relevante Rechtfertigung dar. Es erging die Aufforderung, die Verfahren rasch abzuschließen.
Asyl – Dauer der erstinstanzlichen Verfahren Anzahl der berechtigten Beschwerden: 2	Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)	Das BFA setzte in der Regel keine oder nur sehr wenige Ermittlungsschritte. Die 15- bzw. 6-monatige Entscheidungspflicht wurde verletzt, wobei organisatorische Mängel und steigende Asylanträge keine rechtlich relevante Begründung sind. Es erging die Aufforderung, die Verfahren rasch abzuschließen.
Verfahrensdauer – Betriebszulassung einer zahnärztlichen Gruppenpraxis VA-BD-GU/0032-A/1/2019	Verwaltungsgerichtshof (VwGH)	Im Juli 2016 erteilte das LVwG OÖ der Bf. die Zulassung zum Betrieb einer zahnärztlichen Gruppenpraxis. Dagegen erhob die Österreichische Zahnärztekammer im September 2016 eine außerordentliche Revision. Bis Ende März 2019 hatte der VwGH über diese Revision jedoch nicht entschieden. Nach Einschreiten der VA im März 2019 wurde (ohne weitere Begründung) mitgeteilt, dass das Verfahren mit Anfang April 2019 erledigt worden sei.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer VA-BD-I/0212-C/1/2019	Bundesministerium für Inneres (BMI) Magistratsabteilung (MA) 35	In einem Verfahren zur Erteilung einer „Rot-Weiß-Rot – Karte plus“ setzte die MA 35 in einem Zeitraum von knapp einem Jahr keine regelmäßigen Verfahrensschritte. Nach Übermittlung aller fehlenden Unterlagen im Mai 2018 dauerte es noch bis April 2019 bis das Verfahren abgeschlossen werden konnte. Die MA 35 konnte keine Gründe für die Verfahrensverzögerung nennen.

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer VA-BD-I/0205-C/1/2019	Bundesministerium für Inneres (BMI) Magistratsabteilung (MA) 35	In einem Verfahren zur Ausstellung einer Aufenthaltskarte setzte die MA 35 in einem Zeitraum von vier Monaten keine Verfahrensschritte. Nach Vorlage der fehlenden Unterlagen im Juli 2018 dauerte es bis November 2018, ehe die MA 35 den Antragsteller zur Stellungnahme aufforderte.
Polizei – unangemessene Äußerung VA-BD-I/0201-C/1/2019	Bundesministerium für Inneres (BMI)	Im Zuge einer Einvernahme informierte eine Beamtin die Bf in einem Vorgespräch darüber, dass sie der Vernehmung einen Anwalt zuziehen könne, zunächst aber die Formalitäten geklärt werden müssten. Da die Bf trotz nachfolgender weiterer Erläuterungen diese nicht akzeptierte, äußerte sich die Polizistin in unangemessener Weise. Mit ihr wurde ein Mitarbeitergespräch geführt.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer VA-BD-I/1012-C/1/2018	Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)	In einem Aufenthaltstitelverfahren (Niederlassungsbewilligung) übermittelte die BH Bruck an der Leitha dem BFA im Juni 2018 eine Anfrage wegen aufenthaltsbeendender Maßnahmen. Diese Anfrage ging beim BFA verloren. Erst nach über sieben Monaten und nochmaliger Übermittlung der Anfrage setzte das BFA Verfahrensschritte. Für die Verfahrensverzögerung war daher das BFA verantwortlich.
Verfahrensdauer VA-BD-J/0197-B/1/2019	Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz (BMVRDJ)	Das Arbeits- und Sozialgericht Wien entschied erst nach Ablauf von neun Monaten über einen Antrag auf Ablehnung eines bestellten medizinischen Sachverständigen.
Strafvollzug VA-BD-J/0187-B/1/2019	Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz (BMVRDJ)	Die in § 134 StVG normierte Frist von sechs Wochen für die Klassifizierung eines Häftlings wurde um das Zweifache überschritten. Als Folge der unterbliebenen Verlegung musste der Häftling Nachteile durch Einschluss gemeinsam mit Untersuchungshäftlingen hinnehmen.
Familienbeihilfe – grenzüberschreitender Sachverhalt VA-BD-JF/0042-A/1/2019	Bundesministerin für Frauen, Familien und Jugend (BMFFJ) Finanzamt Innsbruck	Wegen einer Überprüfung eines zwischenstaatlichen Sachverhalts erhielt die Bf vier Monate lang keine Familienbeihilfe. Nach Einschaltung der VA wurden die Leistungen umgehend gewährt und nachgezahlt.
Familienbeihilfe – Freiwilliges Soziales Jahr	Bundesministerin für Frauen, Familien und	Das FA Wien forderte entgegen den gesetzlichen Bestimmungen die Familienbeihilfe für den Zeitraum eines Freiwilligen Sozialen Jahres

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
VA-BD-JF/0216-A/1/2018	Jugend (BMFFJ) Finanzamt (FA) Wien	zurück und bearbeitete die Beschwerde fünf Monate lang nicht. Nach Einschreiten der VA wird auf Weisung des BMFFJ der Beschwerde stattgegeben und die Familienbeihilfe ausbezahlt.
Rodungsbewilligung VA-BD-LF/0202-C/1/2018	Landeshauptmann (LH) von Tirol	Der LH erteilte eine Rodungsbewilligung für eine Bodenaushubdeponie und für eine nachfolgende landwirtschaftliche Nutzung. Im Ermittlungsverfahren wurden weder ausreichende Feststellungen zum öffentlichen Interesse am Rodungszweck noch eine Abwägung mit dem besonderen öffentlichen Interesse am Erhalt der Fläche als Wald getroffen. Die Rodungsbewilligung erwies sich daher als rechtswidrig.
Verfahrensdauer VA-BD-SV/0413-A/1/2019	Bundesverwaltungsgericht (BVwG)	Über die Beschwerde des Bf. gegen einen Bescheid der Personalvertretungsaufsichtsbehörde vom September 2017 wurde bislang nicht entschieden. Die zuständige Gerichtsabteilung teilte auf Nachfrage der VA mit, dass das Verfahren in Bearbeitung sei. Die weitere Verfahrensdauer hänge nicht zuletzt auch von der Verfügbarkeit der Senatsmitglieder ab.
Potentialanalyse mittels „Genius Report“ VA-BD-SV/0297-A/1/2019	Arbeitsmarktservice (AMS) Wien	Das AMS Wien fördert eine GmbH, die im Rahmen des Projektes „BBE Women Professional“ unter anderem Potentialanalysen durchführt. Diese beruhen ausschließlich auf Geburtszeit und Geburtsort der betreffenden Person. Auf Intervention der VA wird seitens des AMS Österreich zugesichert, in Zukunft für derartige (wissenschaftlich nicht überprüfbare) Methoden keine finanziellen Mittel mehr aufzuwenden.
Enteignung - Verfahrensdauer VA-BD-V/0056-C/1/2019	Landesverwaltungsgericht Niederösterreich (LVwG NÖ)	Bereits im August 2017 beanstandete die VA die Dauer eines straßenrechtlichen Enteignungsverfahrens. Nun wurde das LVwG im selben Verfahren erneut rund 21 Monate lang säumig. Insgesamt war das seit rund vier Jahren gerichtsanhängig. Die Gründe dafür waren überwiegend dem Verwaltungsgericht zuzurechnen.
Führerscheinverfahren - Auskünfte VA-BD-V/0028-C/1/2019	Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT)	Das BMVIT teilte dem Bf mit, für die Auslegung des Europäischen Übereinkommens über die Berechnung von Fristen in einem Führerscheinverfahren nicht zuständig zu sein, da es sich bei diesem Übereinkommen nicht um nationales Recht handle. Dadurch erweckte

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
		das BMVIT den unrichtigen Eindruck, dass das Übereinkommen nicht unmittelbar anwendbar und von den Führerscheinbehörden grundsätzlich nicht zu beachten wäre. Weiters reagierte das BMVIT nicht auf eine ergänzende Anfrage des Bf.
Erteilung einer eingeschränkten Betriebsbewilligung für ein unbemanntes Luffahrzeug der Klasse 1 VA-BD-VIN/142-A/1/2018	Austro Control GmbH	Die Austro Control GmbH hat eine eingeschränkte Betriebsbewilligung für ein unbemanntes Luffahrzeug der Klasse 1 erteilt, ohne die vorgenommene rund einjährige Befristung auch nur ansatzweise zu begründen. Die VA erteilt daher die Empfehlung, künftig eine gesetzeskonforme Begründung vorzunehmen.

## April

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Asyl – Dauer der erstinstanzlichen Verfahren Anzahl der berechtigten Beschwerden: 3	Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)	Das BFA setzte in der Regel keine oder nur sehr wenige Ermittlungsschritte. Die 15-monatige Entscheidungspflicht wurde verletzt, wobei organisatorische Mängel und steigende Asylanträge keine rechtlich relevante Begründung darstellen. Die VA regte an, die Verfahren rasch abzuschließen.
Asyl – Dauer der Rechtsmittelverfahren Anzahl der berechtigten Beschwerden: 36	Bundesverwaltungsgericht (BVwG)	Das BVwG verletzte die 12-monatige Entscheidungspflicht und setzte keine Schritte in den asylrechtlichen Beschwerdeverfahren. Organisatorische Mängel und steigende Asylanträge stellen keine rechtlich relevante Rechtfertigung dar. Die VA regte an, die Verfahren rasch abzuschließen.
Anmeldebescheinigung VA-BD-I/0163-C/1/2019	Magistrat der Stadt Steyr	Die Bf hätte Anspruch auf Ausstellung einer Anmeldebescheinigung gehabt. Der Magistrat forderte ihre Mutter dennoch zur Abgabe einer Haftungserklärung auf. Der Magistrat gestand den Fehler ein und verständigte auch die Dienststelle, die den Antrag auf Mindestsicherung abgewiesen hatte.
Ummeldung VA-BD-I/0119-C/1/2019/	Gemeinde Sigleß	Die Gemeinde Sigleß nahm eine Ummeldung eines Hauptwohnsitzes in einen Nebenwohnsitz vor, obwohl kein vollständig ausgefüllter Meldezettel vorgelegt wurde. Der Meldezettel war nicht vom Unterkunftgeber unterschrieben.
Verhaftung VA-BD-I/0107-C/1/2019	Bundesministerium für Inneres (BMI)	Die Bf musste im Zuge ihrer Verhaftung eine Toilette aufsuchen. Aufgrund einer möglichen Selbstgefährdung oder einer Verhinderung der Verhaftung, wurde sie von einem Beamten begleitet. Obwohl das BMI angab, dass der Beamte die Frau während des Toilettenbesuchs nicht sehen konnte, kritisierte die VA, dass keine Beamtin anwesend war, um die Bf zu begleiten.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer	Landesverwaltungsgericht (LVwG) Wien	In einem seit April 2017 anhängigen Verfahren verletzte das LVwG Wien

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
VA-BD-I/0091-C/1/2019		die sechsmonatige Entscheidungspflicht und setzte keine ausreichenden Schritte im Beschwerdeverfahren. Gründe für die Verfahrensverzögerung konnte das LVwG nicht nennen.
Asyl - Verfahrensdauer VA-BD-I/0086-C/1/2019	Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)	Der Bf wurde ihr abweisender Asylbescheid nie rechtsgültig zugestellt, weshalb sie einen Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand stellte. Über diesen Antrag entschied das BFA erst 15 Monate nach Antragstellung und wies ihn zurück. Dadurch wurde das insgesamt seit Jänner 2013 anhängige Asylverfahren noch weiter in die Länge gezogen.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer VA-BD-I/0083-C/1/2019	Magistratsabteilung (MA) 35	In einem seit April 2018 anhängigen Verfahren zur Ausstellung einer Aufenthaltskarte setzte die MA 35 zwischen dem Einlangen des Berichts von SIRENE Österreich und der Übermittlung der von der LPD Wien angeforderten Unterlagen über einen Zeitraum von knapp sieben Monaten keinerlei Verfahrensschritte.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer VA-BD-I/0077-C/1/2019	Magistratsabteilung (MA) 35	In einem seit Juli 2017 anhängigen Aufenthaltstitelverfahren geriet der Antrag der Bf in Verstoß. Dadurch verzögerte die MA 35 das Verfahren erheblich. Erst im Februar 2019 wurde der Bf das Ergebnis der Beweisaufnahme übermittelt.
Humanitärer Aufenthaltstitel - Verfahrensdauer VA-BD-I/0064-C/1/2019	Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)	Das BFA erließ über die Anträge von vier Familienmitgliedern auf Erteilung eines Aufenthaltstitels erst nach über acht Monaten abweisende Bescheide.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer VA-BD-I/0046-C/1/2019	Magistratsabteilung (MA) 35	In einem seit Mai 2018 anhängigen Aufenthaltstitelverfahren forderte die MA 35 bereits bei Antragstellung Unterlagen nach. Die MA 35 urgierte die Unterlagen jedoch erst Ende November 2018, wodurch die Verfahrensverzögerung auch der Behörde anzulasten ist.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer VA-BD-I/0018-C/1/2019	Magistratsabteilung (MA) 35	In einem seit mehr als sieben Monaten anhängigen Aufenthaltstitelverfahren übersah der zuständige Sachbearbeiter, dass bereits alle notwendigen Unterlagen vorgelegt worden waren. Dadurch verzögerte

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
		die MA 35 das Verfahren.
VA-BD-J/0977-B/1/2019 Hygienisches Defizit im Strafvollzug	Bundesministerium für Verfassung, Re- formen, Deregulierung und Justiz (BMVRDJ)	Ein Strafgefangener der Justizanstalt Garsten beschwerte sich, dass er Schmutzwässer, die bei Reinigungsarbeiten anfallen, über die Dusche entsorgen müsse, obwohl es im Nassraum einen gesonderten Kanalanschluss gäbe. Die Beschwerde wurde zum Anlass genommen, ein Ausgussbecken zu montieren, über das die Schmutzwässer entsorgt werden können.
VA-BD-J/0172-B/1/2019 Strafvollzug, Verlegung	Bundesministerium für Verfassung, Re- formen, Deregulierung und Justiz (BMVRDJ)	Ein Insasse der Justizanstalt Wiener Neustadt beklagte, seit Monaten auf seine Verlegung in die für ihn vorgesehen Anstalt zu warten. Trotz rechtskräftigen Urteils wurde er 23 Stunden am Tag gemeinsam mit Untersuchungshäftlingen eingesperrt. Anfang März 2019 wurde der Insasse endlich in die Zielanstalt verlegt.
VA-BD-J/0169-B/1/2019 Strafvollzug, Verlegung	Bundesministerium für Verfassung, Re- formen, Deregulierung und Justiz (BMVRDJ)	Ein Insasse der Justizanstalt Wiener Neustadt beklagte, seit Monaten auf seine Verlegung in die für ihn vorgesehen Anstalt zu warten. Trotz rechtskräftigen Urteils wurde er 23 Stunden am Tag gemeinsam mit Untersuchungshäftlingen eingesperrt. Anfang März 2019 wurde der Insasse endlich in die Zielanstalt verlegt.
VA-BD-J/0072-B/1/2019 Medizinische Behandlung im Strafvollzug,	Bundesministerium für Verfassung, Re- formen, Deregulierung und Justiz (BMVRDJ)	Die JA Salzburg hat einem Häftling für eine Zahnbehandlung einen Betrag von rund 330 Euro abgebucht, obwohl diese in weiterer Folge nicht stattgefunden hat.
Kinderbetreuungsgeld – EU- zwischenstaatlicher Sachverhalt VA-BD-JF/0176-A/1/2018	Wiener Gebietskrankenkasse (WGKK); Bundesministerium für Frauen, Familien und Jugend im Bundeskanzleramt (BMFFJ)	Das Kinderbetreuungsgeld wurde aufgrund eines zwischenstaatlichen Sachverhalts erst nach drei Jahren gewährt.
Kinderbetreuungsgeld – zwischenstaatlicher Sachverhalt VA-BD-JF/0010-A/1/2019	Wiener Gebietskrankenkasse (WGKK); Bundesministerium für Frauen, Familien und Jugend im Bundeskanzleramt (BMFFJ)	Eine Familie beantragte einkommensabhängiges Kinderbetreuungsgeld. Aufgrund der beruflichen Tätigkeit des Vaters in Deutschland kündigte die WGKK eine voraussichtliche Bearbeitungsdauer von ca. eineinhalb Jahren an. Sollte eine schnellere Entscheidung gewünscht werden,

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
		empfohl die WGKK den Umstieg auf Sonderleistung I – eine weit geringere Leistung. Nach Einschreiten der VA erfolgte zumindest die umgehende Gewährung an die Kindesmutter, die in Österreich berufstätig ist.
Operation Transgender VA-BD-SV/0064-A/1/2019	Burgenländische Gebietskrankenkasse (BGKK)	Die Kostenübernahme für eine OP zur Adamsapfelverkleinerung einer Transgender-Frau wurde trotz dringender medizinischer Indikation abgelehnt. Die VA erreichte, dass die Kosten doch übernommen wurden.
Erlöschen der Lenkberechtigung VA-BD-V/0040-C/1/2019	Landespolizeidirektion Steiermark (LPD Stmk)	Die LPD Stmk legte nicht ausreichend dar, dass sie im Zuge eines Führerscheinverfahrens alle ihr zumutbaren Maßnahmen zur schnelleren Verfahrensabwicklung ergriffen hat, um das Erlöschen der Lenkberechtigung des Bf zu verhindern.



## März

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Asyl – Dauer der erstinstanzlichen Verfahren Anzahl der berechtigten Beschwerden: 5	Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)	Das BFA setzte in der Regel keine oder nur sehr wenige Ermittlungsschritte. Die 15-monatige Entscheidungspflicht wurde verletzt, wobei organisatorische Mängel und steigende Asylanträge keine rechtlich relevante Begründung darstellen. Die VA regte an, die Verfahren rasch abzuschließen.
Asyl – Dauer der Rechtsmittelverfahren Anzahl der berechtigten Beschwerden: 24	Bundesverwaltungsgericht (BVwG)	Das BVwG verletzte die 12-monatige Entscheidungspflicht und setzte keine Schritte in den asylrechtlichen Beschwerdeverfahren. Organisatorische Mängel und steigende Asylanträge stellen keine rechtlich relevante Rechtfertigung dar. Die VA regte an, die Verfahren rasch abzuschließen.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer VA-BD-I/0034-C/1/2019	Bundesministerium für Inneres (BMI) Magistratsabteilung (MA) 35	In einem seit April 2018 anhängigen Aufenthaltstitelverfahren setzte die Behörde in einem Zeitraum von ca. fünf Monaten keine Verfahrensschritte. Der Verfahrensstillstand war zwar auf eine ausständige Antwort der Landespolizeidirektion Wien zurückzuführen, die MA 35 urgierte sie jedoch nicht.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer VA-BD-I/0012-C/1/2019	Bundesministerium für Inneres (BMI) Amt der NÖ Landesregierung (Amt der LReg)	In einem seit Jänner 2018 anhängigen Aufenthaltstitelverfahren setzte das Amt der LReg nur zögerlich Verfahrensschritte. Nachdem im Februar 2018 ein Quotenplatz frei war, forderte das Amt der LReg im Mai 2018 Unterlagen an, die der Bf übermittelte. Erst ca. acht Monate später teilte die Behörde dem Bf mit, dass weitere Unterlagen ausständig sind.
Polizei – Unfallerbhebung VA-BD-I/1027-C/1/2018	Bundesministerium für Inneres (BMI) Polizeiinspektion (PI) Kirchbach	Im Zusammenhang mit einem tödlichen Verkehrsunfall auf der L238 erhob die Mutter des Motorradlenkers mehrere Vorwürfe gegen die ermittelnden Beamten über die unzureichende Unfallaufnahme, die sich im Prüfverfahren teilweise bestätigten. So wurde etwa nicht festgestellt, dass der Unfallenker keine Lenkberechtigung besaß.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer	Bundesministerium für Inneres (BMI)	In einem seit Juli 2017 anhängigen Aufenthaltstitelverfahren kam es in den Zeiträumen zwischen Juli und November 2017 sowie zwischen

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
VA-BD-I/0941-C/1/2018	Magistratsabteilung (MA) 35	Jänner und Dezember 2018 zu Verfahrensstillständen. Bereits im Jänner 2018 wurde der Sachverhalt abschließend beurteilt. Das Verfahren wurde jedoch erst im Jänner 2019 abgeschlossen.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer VA-BD-I/0879-C/1/2018	Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)	In einem Verlängerungsverfahren setzte die Fremdenpolizeibehörde nahezu 22 Monate keine Verfahrensschritte. Die MA 35 urgierte die fremdenpolizeiliche Stellungnahme in regelmäßigen Abständen und erteilte unmittelbar nach Einlangen den Aufenthaltstitel.
Verfahrensdauer VA-BD-J/0992-B/1/2018	Bundesministerium für Verfassung, Re- formen, Deregulierung und Justiz (BMVRDJ)	Nach einem Verkehrsunfall strengte der Geschädigte ein Zivilverfahren vor dem Landesgericht Leoben an. Das schriftliche Urteil wurde erst ein halbes Jahr nach Schluss der Verhandlung ausgefertigt. Somit wurde die in der Zivilprozessordnung festgelegte Urteilsausfertigungsfrist von vier Wochen bei Weitem überschritten.
Strafvollzug VA-BD-J/0953-B/1/2018	Bundesministerium für Verfassung, Re- formen, Deregulierung und Justiz (BMVRDJ)	Ein Insasse der Justizanstalt Stein beklagte, dass er wegen des Umbaus der Schulungsräume und der häufigen dienstlichen Abwesenheit des kursleitenden Beamten monatelang nicht an einem elektronischen Kurs, teilnehmen konnte, der seiner Resozialisierung diene. Die Volksanwaltschaft kritisierte die lange Verzögerung.
Gerichtsverfahren VA-BD-J/0910-B/1/2018	Bundesministerium für Verfassung, Re- formen, Deregulierung und Justiz (BMVRDJ)	Das Bezirksgericht Leopoldstadt hat an die Mieterin einer Wohnung eine Ladung zur Tagsatzung mit Parteienvernehmung abgefertigt, obwohl die Richterin die Abfertigung einer Ladung zur Tagsatzung ohne Parteieneinvernahme verfügt hatte. Weiters ist der Beschluss über die Verlegung der Tagsatzung verspätet abgefertigt worden, nämlich am Tag des Tagsatzungstermins.
Rodungsbewilligung für Mähwiese VA-BD-LF/0032-C/1/2018	Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus (BMNT)  Bezirkshauptmannschaft (BH) Innsbruck	Die BH Innsbruck erteilte eine Rodungsbewilligung für eine landwirtschaftliche Nutzfläche. Die BH unterließ es dabei zu prüfen, ob am Rodungszweck ein öffentliches Interesse besteht und dieses gegebenenfalls gegen das besondere Interesse an der Erhaltung der betroffenen Waldfläche abzuwägen. Weiters ergriff die BH im Hinblick auf später festgestellte Abweichungen von der Bewilligung über einen Zeitraum von mindestens zwei Jahren keine forstbehördlichen

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
		Maßnahmen.
Bewerbung VA-BD-LV/0040-C/1/2018	Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV)	Aufgrund eines administrativen Versehens wurden Bewerbungsunterlagen des Bf im Dienstweg zunächst nicht weitergeleitet. Nach Entdeckung des Fehlers erfolgte die Weiterleitung jedoch noch rechtzeitig innerhalb der Bewerbungsfrist.
Entbindung von der Amtsverschwiegenheit VA-BD-LV/0039-C/1/2018	Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV)	Die Entbindung des Bf von der Amtsverschwiegenheit durch seinen Dienstgeber (BMLV) erfolgte zu spät, und zwar erst nach der Verhandlung, für die er um Entbindung ersucht hatte.
Säumnis des Bundesverwaltungsgerichts VA-BD-SV/0083-A/1/2019	Bundesverwaltungsgericht (BVwG)	Mit Bescheid der Sozialversicherungsanstalt der Bauern wurde die Versicherungspflicht des Bf festgestellt. Dagegen erhob dieser fristgerecht Beschwerde im August 2016 an das BVwG. Zur Anfrage der VA nach dem aktuellen Verfahrensstand wurde lediglich mitgeteilt, dass für April 2019 eine mündliche Verhandlung in Aussicht genommen sei. Eine in einem Rechtsstaat dem Bürger unzumutbare Verfahrensdauer.
Bewilligungsloser Betrieb einer Übertragungsleitung VA-BD-VIN/0154-A/1/2017	Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT)	Die VA stellte fest, dass eine 110kV-Übertragungsleitung der ÖBB seit 1957 (!) ohne Bewilligung betrieben wird. Das BMVIT wurde zur Herstellung eines rechtskonformen Zustandes aufgefordert.

## Februar

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Asyl – Dauer der erstinstanzlichen Verfahren Anzahl der berechtigten Beschwerden: 3	Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)	Das BFA setzte in der Regel keine oder nur sehr wenige Ermittlungsschritte. Die 15-monatige Entscheidungspflicht wurde verletzt, wobei organisatorische Mängel und steigende Asylanträge keine rechtlich relevante Begründung darstellen. Die VA regte an, die Verfahren rasch abzuschließen.
Asyl – Dauer der Rechtsmittelverfahren Anzahl der berechtigten Beschwerden: 19	Bundesverwaltungsgericht (BVwG)	Das BVwG verletzte die 12-monatige Entscheidungspflicht und setzte keine Schritte in den asylrechtlichen Beschwerdeverfahren. Organisatorische Mängel und steigende Asylanträge stellen keine rechtlich relevante Rechtfertigung dar. Die VA regte an, die Verfahren rasch abzuschließen.
Visumverfahren – Verfahrensdauer VA-BD-I/1014-C/1/2018	Österreichische Botschaft (ÖB) Ankara, Bundesministerium für Inneres (BMI)	In einem seit Mai 2017 anhängigen Visumverfahren setzte die ÖB in einem Zeitraum von 21 Monaten keine Verfahrensschritte. Im Mai 2017 langte ein Schreiben der MA 35 bei der ÖB ein, das verloren ging. Trotz Nachfrage des Rechtsvertreters setzte die ÖB bis zur Anfrage der VA im Jänner 2019 keine Verfahrensschritte.
Anmeldung eines Nebenwohnsitzes VA-BD-I/1001-C/1/2018	Bundesministerium für Inneres (BMI), Stadtgemeinde Schrems	Die Stadtgemeinde nahm als Meldebehörde trotz fehlender Unterschrift des Unterkunftsgebers eine Nebenwohnsitzmeldung vor. Erst nachdem der Eigentümer die Behörde informierte, dass der Wohnsitz tatsächlich aufgegeben worden war, stornierte die Stadtgemeinde die Meldung.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer VA-BD-I/0991-C/1/2018	Bundesministerium für Inneres (BMI), Magistratsabteilung (MA) 35	In einem seit Mai 2018 anhängigen Aufenthaltstitelverfahren setzte die MA 35 in einem Zeitraum von fünf Monaten keine Verfahrensschritte. Im Juni 2018 erkundigte sich der Ehegatte der Bf nach dem Verfahrensstand. Zu diesem Zeitpunkt wusste die MA 35 bereits, dass ein E-Mail mit Unterlagen der Bf bei ihr verloren gegangen war. Erst im Oktober 2018 vereinbarte die MA 35 mit der Bf, die ausstehenden Unterlagen nochmals zu übermitteln.

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Verkehrskontrolle VA-BD-I/0985-C/1/2018	Bundesministerium für Inneres (BMI), Landespolizeidirektion (LPD) NÖ	Im Zuge einer Verkehrskontrolle wurde ein Atemalkoholtest durchgeführt und der Bf danach aufgefordert, das verwendete Mundstück zu Hause zu entsorgen. Der Beamte war auch unfreundlich und wollte seine Dienstnummer nicht nennen. Das BMI stellte ein Mitarbeitergespräch mit dem Beamten in Aussicht. Bei Schulungen und Besprechungen soll künftig auf die verpflichtende Rücknahme sowie die korrekte Entsorgung verwendeter Mundstücke hingewiesen werden.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer VA-BD-I/0958-C/1/2018	Bundesministerium für Inneres (BMI), Magistratsabteilung (MA) 35	In einem seit Juli 2017 anhängigen Aufenthaltstitelverfahren setzte die MA 35 zunächst regelmäßig Verfahrensschritte. Ab November 2017 verzögerte sie jedoch das Verfahren wegen des Verdachts einer „Stellvertreterehe“. Sie verständigte den Bf erst nach mehr als einem Jahr über das Ergebnis des Beweisverfahrens und über den Grund für den voraussichtlich negativen Bescheid.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer VA-BD-I/0946-C/1/2018	Bundesministerium für Inneres (BMI), Magistratsabteilung (MA) 35	In einem Verlängerungsverfahren folgte die MA 35 den gewünschten Aufenthaltstitel erst nach einem Jahr aus. Sie blieb nach einer Anfrage an die Fremdenpolizei viereinhalb Monate untätig und urgerte die erforderliche Stellungnahme nicht.
Unerreichbarkeit eines Polizeikommissariats VA-BD-I/0932-C/1/2018	Bundesministerium für Inneres (BMI) Polizeikommissariat (PK) Donaustadt	Erst beim siebenten Anruf nahm ein Bediensteter des PK das Gespräch des Bf entgegen. Das BMI entschuldigte sich dafür und führte diesen Fehler auf viel Arbeit und den Krankenstand einer Mitarbeiterin zurück.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer VA-BD-I/0849-C/1/2018	Bundesministerium für Inneres (BMI), Magistratsabteilung (MA) 35	In einem Aufenthaltstitelverfahren setzte die MA 35 in einem Zeitraum von vier Monaten keine Verfahrensschritte. Zudem ging die Behörde zunächst fälschlicherweise davon aus, dass dem Antragsteller weiterhin ein unionsrechtlicher Aufenthaltstitel zustehe.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer VA-BD-I/0821-C/1/2018	Bundesministerium für Inneres (BMI) Magistratsabteilung (MA) 35	In zwei bereits seit über einem Jahr anhängigen Zweckänderungsverfahren blieb die MA 35 im Zeitraum von fünf Monaten untätig. Auch erfolgte eine Aufforderung zur Behebung von Verfahrensmängeln erst elf Monate nach Antragstellung. Nicht nachvollziehbar war die Begründung der MA 35, dass ein im August

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
		2018 ergangenes Erkenntnis des VwGH eine neue rechtliche Beurteilung erfordere. Eine Prognose zum geplanten Verfahrensabschluss konnte die MA 35 nicht abgeben.
Strafvollzug VA-BD-J/0615-B/1/2018	Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz (BMVRDJ)	Die gegenwärtige Praxis der JA Wien-Josefstadt, dass die Anfertigung einer vom fachärztlichen Personal verordneten Brille erst nach Klassifizierung bzw. Feststehen des Strafausmaßes erfolgt, widerspricht dem Äquivalenzprinzip. Dem Äquivalenzprinzip folgend, sind auch Inhaftierten Sehbehelfe zu gewähren, wie sie in Freiheit von den Sozialversicherungen gewährt werden würden.
Familienbeihilfe VA-BD-JF/0208-A/1/2018	Finanzamt, Bundesministerin für Frauen, Familien und Jugend (BMFFJ)	Beide Elternteile einer slowakischen Familie leben und arbeiten in Österreich. Der Antrag auf Familienbeihilfe blieb jedoch seit einem Jahr unerledigt und wurde erst nach Einschreiten der VA rasch positiv entschieden.
Kinderbetreuungsgeld VA-BD-SV/0940-A/1/2015	Wiener Gebietskrankenkasse (WGKK), Bundesministerin für Frauen, Familien und Jugend BMFFJ	Ein in Großbritannien erwerbstätiger Vater beantragte Kinderbetreuungsgeld in Österreich. Die WGKK verlangt auch eine Antragstellung im Ausland. Sie informierte den Bf darüber jedoch zu spät, sodass er die Antragsfrist in Großbritannien versäumte. Trotz intensiver Bemühungen der VA erhält die Familie kein Kinderbetreuungsgeld, weder in Österreich noch in Großbritannien.
Verfahrensdauer bei Gericht VA-BD-SV/1243-A/1/2018)	Bundesverwaltungsgericht (BVwG)	Das BVwG entschied über die Berufung (nun Beschwerde) gegen einen Bescheid des LH von Burgenland vom November 2011 erst im März 2018, somit mehr als sechs Jahre nach Einbringung des Rechtsmittels.
Heliskiing am Arlberg VA-BD-VIN/61-A/1/2018	Landeshauptmann (LH) von Vorarlberg	Der LH von Vorarlberg übte im Sinne der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes Willkür, indem er die Genehmigung des Heliskiings in entscheidungswesentlicher Hinsicht nicht ausreichend begründete.
Doppelte Einhebung von Rundfunkgebühren VA-BD-VIN/117-A/1/2018	Gebühren Info Service GmbH (GIS)	Die GIS verlangte von derselben Meldeadresse zweimal die Rundfunkgebühren. Die VA erwirkt eine Stornierung der zweiten Teilnehmernummer.

## Jänner

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
Asyl – Dauer der erstinstanzlichen Verfahren Anzahl der berechtigten Beschwerden: 3	Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA)	Das BFA setzte in der Regel keine oder nur sehr wenige Ermittlungsschritte. Die 15-monatige Entscheidungspflicht wurde verletzt, wobei organisatorische Mängel und steigende Asylanträge keine rechtlich relevante Begründung darstellen. Die VA regte an, die Verfahren rasch abzuschließen.
Asyl – Dauer der Rechtsmittelverfahren Anzahl der berechtigten Beschwerden: 11	Bundesverwaltungsgericht (BVwG)	Das BVwG verletzte die 12-monatige Entscheidungspflicht und setzte keine Schritte in den asylrechtlichen Beschwerdeverfahren. Organisatorische Mängel und steigende Asylanträge stellen keine rechtlich relevante Rechtfertigung dar. Die VA regte an, die Verfahren rasch abzuschließen.
Lehrkräfte für Integrationskurse VA-BD-AA/0008-A/1/2018	Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA)	Das BMEIA änderte kurzfristig innerhalb von vier Wochen die Qualifikationsanforderungen für Lehrkräfte von Integrationskursen. Studenten, die zum Zeitpunkt der Änderung eine entsprechende Ausbildung absolvierten, standen vor dem Problem, dass sie die neuen Voraussetzungen auch nach Abschluss der Ausbildung nicht erfüllten und für sie auch keine Übergangsbestimmungen erlassen wurden.
Verfahrensdauer VA-BD-FI/0200-B/1/2018	Bundesministerium für Finanzen (BMF)	Bereits im Oktober 2013 stellte ein Niederösterreicher einen Vorlageantrag beim Finanzamt Lilienfeld St. Pölten. Aufgrund mehrerer Personalwechsel im Fachbereich des Finanzamts wurde dieser erst im August 2018 bearbeitet. Die VA kritisierte die lange Verzögerung.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer VA-BD-I/0909-C/1/2018	Magistratsabteilung (MA) 35	In einem seit mehr als acht Monaten anhängigen Aufenthaltstitelverfahren kam es zwischen Juli und November 2018 zu einer Verfahrensverzögerung. Der Grund dafür war eine fehlende Urgenz der ausständigen Anfrage bei der LPD Wien.
Aufenthaltstitel – Verfahrensdauer VA-BD-I/0937-C/1/2018	Magistratsabteilung (MA) 35	In einem seit mehr als einem Jahr anhängigen Aufenthaltstitelverfahren kam es zwischen Februar und Mai 2018 zu einer Verfahrensverzögerung. Die MA 35 beantragte die Aufenthaltskarte zunächst schon im Februar

Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
		2018, stellte jedoch erst nach dem Einlangen fest, dass noch weitere Verfahrensschritte nötig sind. Daher verständigte die MA 35 die LPD Wien erst im Mai 2018, um eine mögliche Aufenthaltsehe zu überprüfen.
Verfahrensdauer VA-BD-J/0799-B/1/2018	Bundesministerium für Verfassung, Re- formen, Deregulierung und Justiz (BMVRDJ)	In einem Exekutionsverfahren wurde, die erste Vollzugshandlung erst nach drei Monaten gesetzt und damit die in der Exekutionsordnung normierte Frist von vier Wochen überschritten.
Verfahrensdauer VA-BD-J/0880-B/1/2018	Bundesministerium für Verfassung, Re- formen, Deregulierung und Justiz (BMVRDJ)	In einem beim BG Floridsdorf anhängigen Unterhaltsverfahren kam es zu erheblichen Verzögerungen. So wurde beispielsweise ein ziffernmäßig präzisierter Antrag auf Unterhaltserhöhung dem Antragsgegner erst fünf Monate später zur Äußerung zugestellt.
Maßnahmenvollzug VA-BD-J/0801-B/1/2018	Bundesministerium für Verfassung, Re- formen, Deregulierung und Justiz (BMVRDJ)	Ein Untergebrachter im Maßnahmenvollzug beklagte unterschiedliche Einschusszeiten von zwei Abteilungen in der Justizanstalt Garsten. Die Einschusszeiten wurden so angepasst, dass es zu keiner Ungleichbehandlung mehr kommt.
Familienbeihilfe VA-BD-JF/0163-A/1/2018	Finanzamt, Sozialministeriumservice	Für eine behinderte Tochter wurde für die vergangenen fünf Jahre die erhöhte Familienbeihilfe abgewiesen, da ein Gutachten zwar die Erwerbsunfähigkeit vor dem 18. Lebensjahr feststellte, aber eine erhebliche Behinderung erst ab dem Jahr 2018. Da nun ein zweites Gutachten eindeutig nachweist, dass eine erhebliche Behinderung seit Geburt vorliegt – wie die Eltern immer angegeben haben - wurde die Leistung nun im Rechtsmittelverfahren gewährt.
Familienbeihilfe VA-BD-JF/0177-A/1/2018	Finanzamt, Bundesministerium für Frauen, Familien und Jugend (BMFFJ)	Für einen studierenden Sohn wurde die Familienbeihilfe abgelehnt und auf die vermeintliche Zuständigkeit eines anderen Staates verwiesen, weil auch Einkünfte in diesem Land bestanden. Die Eltern leben und arbeiten aber in Österreich. Nach Einschaltung der VA wurde die Zuständigkeit anerkannt und die Familienbeihilfe gewährt.
Behindertenpass – Vornahme einer Zusatzeintragung	Bundesverwaltungsgericht (BVwG)	Das BVwG überschreitet die sechsmonatige Entscheidungsfrist ohne nähere Begründung. Der Vorlageantrag und der Akt wurden bereits am 9. Mai 2018 an das BVwG übermittelt. Auf Anfrage der VA teilte das Gericht mit,



Thema	Behörde	Feststellungen / Veranlassungen
VA-BD-SV/1216-A/1/2018		dass der Bf am 10. Dezember 2018 zu einem persönlichen Begutachtungstermin zu einer Amtssachverständigen geladen worden sei.
Verfahrensverzögerung VA-BD-SV/1291-A/1/2018	Arbeitsmarktservice (AMS) Wien	Das AMS leitete einen Vorlageantrag an das BVwG erst nach rund sechs Monaten weiter. Diese Verzögerung beanstandete die VA. Das AMS setzte entsprechende organisatorische Maßnahmen, um künftig eine zügige Vorlage zu gewährleisten.
Eingeschränkte Flugbewilligung VA-BD-VIN/94-A/1/2018	Austro Control GmbH	Ein Beschwerdeführer wurde für ein unbemanntes Luftfahrzeug der Klasse I eine bloß eingeschränkte Betriebsbewilligung erteilt, wobei die verfügte Einschränkung der Betriebszeiten mit keinem Wort begründet wurde. Nach Einschaltung der VA verspricht die Austro Control, in Zukunft Erwägungsgründe für derartige Einschränkungen in den Bescheiden gesetzeskonform auszuformulieren.